



karl heinz roth
griechenland
am abgrund
die deutsche
reparationsschuld

VSA

eine flugschrift

karl heinz roth
griechenland am abgrund
die deutsche reparationsschuld
eine flugschrift

Karl Heinz Roth ist Historiker, Mediziner und Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts in Bremen. Von ihm erschienen im VSA: Verlag u.a. der gemeinsam mit Angelika Ebbinghaus herausgegebene Band »Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945« (2004), die umfangreiche Studie »Die globale Krise« (2009) sowie die Flugschrift »griechenland – was tun?« (2012).

Karl Heinz Roth

Griechenland am Abgrund Die deutsche Reparationsschuld

Eine Flugschrift

2., erweiterte und aktualisierte Auflage

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Lektorat: Angelika Ebbinghaus
(Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Das Manuskript der ersten Auflage wurde am 20. März
2015 abgeschlossen.

2., erweiterte und aktualisierte Auflage August 2015
© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten | Titelfoto: kallejipp/photocase.com
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-686-2

Inhalt

Vorwort zur zweiten Auflage	7
Vorwort zur ersten Auflage	21
Griechenlands Neustart – ein Vorschlag	
Griechenland am Abgrund	26
Die Ursachen des Niedergangs	28
Die neue griechische Regierung – ihr Programm, ihr bisheriges Vorgehen und das deutsch-europäische Veto	33
Umriss einer Schuldenregelung und eines Wiederaufbauprogramms	47
Deutsche Reparationsleistungen für das griechische Sofort- und Wiederaufbauprogramm	50
Die Ausweitung des Programms auf weitere Länder mit Reparationsansprüchen	57
Das griechische Reparations- und Wiederaufbau- programm in einer gesamteuropäischen Perspektive ...	62
Nicht nur ein paar niedergebrannte Ortschaften Die Hypotheken der deutschen Besatzungsherrschaft	
Zerstörung der griechischen Volkswirtschaft 1941-44 ...	70
Bilanz der Zerstörungen	79
Die Reparationsfrage	85
Die deutschen Reparationsleistungen gegenüber Griechenland – eine noch weitgehend offene Rechnung	93
Wer soll das bezahlen?	96
Zusammenfassung	100

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit der im April 2015 erschienenen ersten Auflage dieser Flugschrift sind fünf Monate vergangen. In dieser kurzen Zeitspanne haben sich die Auseinandersetzungen zwischen der am 25. Januar gewählten griechischen Regierung und ihren internationalen Gläubigern dramatisch zugepointet. Dabei überschlugen sich die Ereignisse und machten einem bestürzten Nachdenken darüber Platz, wie »es so hatte geschehen können«. Das Projekt Syriza und die mit ihm verbundenen Hoffnungen auf die Überwindung des deutsch-europäischen Austeritätsdiktats haben eine schwere Niederlage erlitten. Mein skeptischer Ausblick wurde durch die Kapitulation der griechischen Verhandlungsdelegation vor dem Diktat der Euro-Gruppe weit übertroffen.

Seit Anfang April 2015 geriet die griechische Regierung zunehmend unter Zugzwang. Angesichts der stagnierenden Verhandlungen mit den institutionellen Gläubigern über die Bedingungen für die Freigabe der seit September 2014 zurückgehaltenen letzten Darlehenstranche zogen die Bankkunden verstärkt ihre Guthaben ab und deponierten sie in ihren Wohnungen oder transferierten sie ins Ausland. Dadurch wurde das griechische Bankensystem immer stärker von den Notfallkrediten der EZB abhängig, die mehrmals bis auf 90 Milliarden Euro aufgestockt werden mussten. Umgekehrt hatte das EZB-Direktorium der griechischen Regierung die letzten Möglichkeiten zur Beleihung ihrer eigenen Zentralbank abgeschnitten; die Bedienung der Zins- und Tilgungsansprüche der internationalen Gläubiger gestaltete sich infolgedessen immer schwieriger. Allein bis

Ende Mai 2015 mussten Beträge im Umfang von 6,6 Milliarden Euro mobilisiert werden. Die griechische Regierung beschaffte sie sich, indem sie auf die Kassenbestände der Kommunen und der öffentlichen Körperschaften zurückgriff.

In dieser angespannten Atmosphäre traten die Finanzminister der Euro-Gruppe am 24. April erneut zusammen – diesmal in Riga. Sie machten ihrem griechischen Amtskollegen Yanis Varoufakis noch drastischer als bisher deutlich, dass sie die bis Ende Juni verlängerte Auszahlung der letzten Tranche von der Zusage eines »Reformpakets« abhängig machten, das in allen Punkten ihren Vorstellungen entsprach. Dabei drohten sie nicht nur mit der Annullierung der Tranche, sondern erstmalig auch offen mit dem Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone. Es kam zum Eklat. Varoufakis war endgültig zur Unperson geworden.

Statt seinem Finanzminister den Rücken zu stärken, desavouierte Regierungschef Tsipras Varoufakis, indem er ihm den bisherigen Vize-Außenminister Euklid Tsakalotos als Aufpasser vor die Nase setzte und die Verhandlungsdelegation reorganisierte. Zusätzlich kündigte er eine neue »Reformliste« an.

Unter diesen ungünstigen Vorzeichen ging das Tauziehen im Mai in eine neue Runde. Zwar bröckelte auch die Front der Gläubiger – der IWF bezweifelte zunehmend die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschulden und plädierte für einen Schuldenschnitt –, aber die EU-Gremien verschärfen trotzdem ihre Gangart. Einen Schuldenerlass schlossen sie mehr denn je aus, und sie fokussierten ihre Forderungen immer unnachgiebiger auf jene Punkte, die auch für die reorganisierte griechische Verhandlungsgruppe unannehmbar waren: Weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer, nochmalige Rentenkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und Wiederaufnahme des Privatisierungsprogramms. Darauf-

hin entschloss sich die griechische Regierung zu weiteren Zugeständnissen und präsentierte schließlich in der ersten Junihälfte ein Angebot, das den Forderungen der Euro-Gruppe in vielen Punkten – Primärüberschüsse im Staatshaushalt, begrenzte Mehrwertsteuererhöhungen usw. – entgegenkam und die Forderung nach einem Schuldenschnitt durch einen Vorschlag zur Umstrukturierung der Schuldenlast ersetzte. Aber auch diese Annäherung an den seit fünf Jahren praktizierten Austeritätskurs genügte den EU-Gremien nicht. Die Verhandlungsrunde wurde Mitte Juni ergebnislos abgebrochen.

Nun wurde die Zeit knapp – die Darlehenstranche verfiel am 30. Juni. Für das letzte Juni-Wochenende wurde deshalb ein Krisentreffen der Euro-Finanzminister vorbereitet. Dafür verabschiedete die griechische Regierung am 22. Juni ein weiteres Positionspapier, in dem sie die letzten Kernpunkte ihres eigenen Programms abschrieb und sich endgültig auf eine abgeschwächte Variante der Austeritätspolitik festlegte. Aber auch dieses Konzept fand bei den von Schäuble orchestrierten 18 Finanzministern der Euro-Gruppe keine Gnade. Die letzte Darlehenstranche – 7,1 Milliarden Euro Hilfgelder und 10,9 Milliarden Euro zur Rekapitalisierung der griechischen Banken – verfiel.

Währenddessen hatte sich der Niedergang der griechischen Nationalökonomie weiter beschleunigt. Die Importe schrumpften drastisch, der Rückgang der industriellen Produktion näherte sich der Zehnprozent-Grenze. Die Abhebungen von den Bankkonten sollen allein in der vorletzten Juniwoche einen Umfang von 3 Milliarden Euro erreicht haben. Nun wurden Notstandsmaßnahmen unausweichlich. Die Bankschalter wurden am 26. Juni geschlossen, die Abhebungen an den Geldautomaten auf niedrige Tagessätze begrenzt und die Auslandsüberweisungen eingefroren. Auch der Aktienhandel wurde eingestellt. Ge-

gen den sich beschleunigenden gesamtwirtschaftlichen Verfall war die Regierung indessen machtlos. Schon am 5. Juni hatte sie einen fällig gewordenen IWF-Kredit (500 Mio. Euro) nicht zurückgezahlt, und auch gegen Ende des Monats ließ sie den Fälligkeitstermin für ein weiteres IWF-Darlehen im Umfang von 1,5 Milliarden Euro verstreichen. Ihre letzten öffentlichen Reserven waren durch den bis dahin geleisteten Schuldendienst im Umfang von insgesamt 6,6 Milliarden Euro aufgebraucht. Selbst die sich auf bescheidene 200 Mio. Euro belaufenden Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der humanitären Katastrophe konnten nicht mehr voll umfänglich weitergeführt werden.

In dieser zugespitzten Situation entschloss sich die Führungsgruppe der Syriza zur Flucht nach vorn. Am 26. Juni proklamierte sie ein Referendum – die Bevölkerung sollte selbst über die Annahme oder Ablehnung des sich abzeichnenden dritten »Memorandums« entscheiden. Parallel dazu arrangierte Tsipras eine vorbeugende Schadensbegrenzung: Den Gläubigern gegenüber betonte er seinen unveränderten »Reformwillen« im Rahmen eines abgeschwächten Austeritätskurses, und in einem zweiten Schreiben ersuchte er sie um ein neues Darlehensprogramm. Damit war unerwünschten Schlussfolgerungen aus einem »Nein« der griechischen Bevölkerung ein Riegel vorgeschoben. Ihr »Ochi« sollte der Regierung den Rücken für die nun anstehende letzte und entscheidende Verhandlungsrunde stärken, nicht aber für einen definitiven Bruch mit den »Institutionen«.

Am 5. Juli wurde das Referendum abgehalten – es fiel mit 61,3% Nein-Stimmen überraschend deutlich aus. Für die griechische Verhandlungstaktik erwies es sich jedoch als Bumerang: Als die griechischen Entscheidungsträger am 9. Juli ihren Verhandlungspartnern ein Positionspapier zustellten, in dem sie weitere Konzessionen in Aussicht stellten, erlebten sie eine böse Überraschung. Der deutsche

Finanzminister konterte einen Tag später mit einem Gegenkonzept, in dem er seine Forderungen nochmals hochschraubte, einen Treuhandfonds zur Privatisierung des griechischen Staatseigentums ins Spiel brachte und für den Fall einer Ablehnung einen »zeitweiligen« Austritt des Landes aus der Eurozone vorschlug. Damit war der griechischen Regierungsdelegation jeglicher Verhandlungsspielraum genommen. Sie kapitulierte am Wochenende des 11./12. Juli gegenüber den Euro-Finanzministern und anschließend gegenüber den Regierungschefs der Eurozone in aller Form. Sie wurde darüber hinaus zu erheblichen Vorleistungen gezwungen, bevor es überhaupt zum Beginn einer neuen Verhandlungsrunde für ein drittes Darlehenspaket kommen sollte: In zwei aufeinander folgenden Sitzungen musste das griechische Parlament wesentliche Teile des verschärften Austeritätsprogramms verabschieden.

Diese Vorleistungen wurden seitens der griechischen Regierung erbracht. Am 15. Juli wurden massive Mehrwertsteuererhöhungen und ein erster Teil der Rentenkürzungen im Eiltempo durch das Parlament gebracht, wobei die Gruppe um Tsipras die Gegenstimmen der Syriza-Linken und damit den Verlust der Regierungsmehrheit in Kauf nahm. Am 22. Juli folgten die Übernahme der EU-Bankenrichtlinie und Eingriffe ins Zivilrecht, um die Zwangsäumung überschuldeter Erstwohnungen zu ermöglichen. Auch diesmal war Tsipras auf die Zustimmung der Oppositionsparteien angewiesen: Erneut verweigerte der linke Flügel – etwa ein Viertel der Syriza-Fraktion – seine Zustimmung. Schon am 6. Juli hatte Tsipras den überraschend zurückgetretenen Finanzminister Varoufakis durch Tsakalotos ersetzt und eineinhalb Wochen später die zehn dem linken Syriza-Flügel angehörenden Neinsager aus dem Kabinett entfernt. Auf seine eigene Partei konnte er sich ab jetzt nur noch sehr begrenzt stützen, nachdem das Syriza-

Zentralkomitee sich mit knapper Mehrheit gegen die Annahme des Austeritätsdiktats ausgesprochen hatte. Er stand ab jetzt einer Minderheitsregierung vor, die auf die Zustimmung der Oppositionsparteien Nea Dimokratia, Pasok und To Potami angewiesen war.

Parallel zu diesen Ereignissen auf der politischen Bühne wurden die Restriktionen im Bankwesen etwas gelockert, während die Wiedereröffnung der Börsen auf Anfang August vertagt wurde. Auch die Aufnahme der Verhandlungen über das dritte Darlehenspaket verzögerte sich. Sie standen unter dem Druck des sich beschleunigenden Zusammenbruchs des Bankensystems und der Wirtschaft. Am 11. August kam es zu einer grundsätzlichen Einigung, nachdem die griechischen Unterhändler weiteren »Strukturreformen« und der Beschleunigung der Privatisierungsvorhaben zugestimmt hatten.

Soweit der – äußerst kursorische – Rückblick auf die dramatischen Ereignisse der Monate April bis August 2015. In dieser kurzen Zeitspanne wurde das Projekt Syriza in den Ruin getrieben. Auch der Absturz der griechischen Nationalökonomie hat sich nochmals beschleunigt. In diesen wenigen Monaten hat sich aber auch Europa entscheidend verändert. Im Binnengefüge des EU-Imperialismus wurden plötzlich Machtverschiebungen sichtbar, die sich bislang nur schemenhaft konturiert hatten. Wir haben gute Gründe, uns zunächst mit den europaweiten Folgen der griechischen Tragödie auseinanderzusetzen.

Vor allem in den letzten Verhandlungswochen wurde überdeutlich, dass die deutsche Machtelite – personifiziert durch Wolfgang Schäuble – das Vorgehen der internationalen Gläubiger dirigiert hat. Die Euro-Gruppe ist dabei zu ihrem wichtigsten operativen Hebel geworden. Die bis-

herige Rücksichtnahme auf die historische Grundlage des europäischen Integrationsprozesses, die Achse Paris-Berlin, ist weitgehend weggefallen. Auch die unausgesprochene Grundregel, dass Deutschland sich aufgrund seiner historischen Hypotheken einer über seine ökonomische Vorherrschaft hinausgehenden politischen Hegemonialstellung enthalten sollte, ist außer Kraft gesetzt. Mit dem Positionspapier Schäubles vom 10. Juli 2015 hat sich die deutsche Machtelite als binneneuropäische Führungsmacht geoutet.

Was aber bezweckte sie mit ihrem Vorgehen? Kurzfristig ging es ihr darum, die in Griechenland an die politischen Schalthebel gelangte post-keynesianische Alternative zu zerstören. Die deutsche Machtelite praktiziert seit den 1950er Jahren eine neo-merkantilistische Expansionspolitik. Ihren Kern bildet der Exportsektor, und dessen wichtigste Waffe ist eine Strategie des Preis-Dumpings, das durch Niedriglöhne konstituiert ist und die Stagnation der Binnenwirtschaft bewusst in Kauf nimmt. Dieses strategische Konzept ist einerseits weltmarktorientiert, andererseits soll es aber auch im europäischen Binnenverhältnis zur geltenden Norm werden. Derartigen Vorstellungen sind die nachfrage- und soziallohnorientierten Konzepte des Post-Keynesianismus mitsamt ihren Vorstellungen von einem binneneuropäischen Recycling der Leistungsbilanzüberschüsse zugunsten der schwächeren Mitgliedsländer diametral entgegengesetzt. Aus diesem Grund musste – und muss – an der griechischen Alternative ein Exempel statuiert werden, wobei die ökonomischen und politischen Folgekosten keine Rolle spielen.

Aus der mittelfristigen Perspektive der deutschen Machtelite war Griechenland jedoch nur der Sack, auf den sie einschlug, aber sie meinte den Esel. Mit diesem Esel sind alle jene Tendenzen des europäischen Integrationsprozesses ge-

meint, die der Perspektive eines deutsch beherrschten Europa auch jetzt noch im Weg stehen. Dazu gehören die EZB mit ihrem der deutschen Machtelite verhassten »Quantitative Easing« und die durch sie geschützten »Passagiere« des europäischen Integrationsprozesses mit Frankreich an der Spitze, die den harten deutschen Austeritätskurs sozial abfedern möchten. Es ist inzwischen eindeutig, dass Schäuble – und mit ihm die überwiegende Mehrheit der deutschen Machtelite – auf einen »Grexit« gesetzt hat – und immer noch setzt. Dieser »Grexit« soll den Anlass bieten, um die ökonomisch fundierte deutsche Vormachtstellung auch auf der politisch-institutionellen Ebene abzusichern. Die deutsche Exportwirtschaft und das sie stützende korporatistische Kartell aus CDU, SPD und Großgewerkschaften fordern eine Aufspaltung der Eurozone in eine Nord-Zone der Hartwährungsländer mit Deutschland als unangefochtener Führungsmacht und Österreich, den Niederlanden, Finnland, der Slowakei und den Baltischen Staaten als Juniorpartnern. Diese Nord-Eurozone soll, den Plänen Schäubles und der Deutschen Bundesbank entsprechend, auch politisch, fiskalpolitisch (»Haushaltskommissar«) und institutionell verselbständigt werden und ihr eine erstrangige Position innerhalb des multipolar werdenden Weltsystems sichern. Dagegen könnten sich die »Passagiere« der »Weichwährungszone« ihrerseits unter der Regie Frankreichs zusammenschließen, und damit wäre dem Recycling der Leistungsbilanzüberschüsse zugunsten der Defizitländer durch allfällige binneneuropäische Transfermechanismen ein Ende gesetzt.

Somit kann keinerlei Zweifel mehr daran bestehen, dass die deutsche Machtelite und die Euro-Gruppe als deren wichtigster Resonanzboden in der Auseinandersetzung mit dem

Projekt Syriza eine klare Strategie verfolgt haben. Auch ihre Verhandlungstaktik war diesen mittelfristigen Optionen angepasst. In der ersten Etappe (Februar bis März 2015) betrieben Schäuble und Dijsselbloem eine Art Beschäftigungstherapie und hielten ihre griechischen Kontrahenten mit immer neuen Datenanforderungen auf Trab. Als dann im April/Mai die finanzökonomischen Daumenschrauben der EZB zu greifen begannen und den griechischen Schuldendienst zur Mobilisierung der letzten öffentlichen Reserven zwangen, verschärfte sie die Gangart: Sie blockierten die inzwischen eingereichten Positionspapiere über Einzelaspekte der griechischen Finanz- und Steuerpolitik, indem sie eine »Gesamtlösung« einforderten. Ende Mai begann die dritte Etappe: Griechenland wurde endgültig zahlungsunfähig, und auch der Kollaps des Bankensystems rückte näher. Jetzt endlich war David waffenlos geworden. Und jetzt war die Zeit gekommen, um die griechische Regierung mit einem umfassenden Diktat zu konfrontieren, das ihr nur noch die Wahl zwischen Teufel – verschärftes Austeritätspaket – und Beelzebub – Rauswurf aus der Eurozone – ließ.

Wie sah es aber auf der Seite des Gegenspielers des deutsch-europäischen Goliaths aus, jenes Davids vom östlichen Mittelmeer, dessen Wirtschaftspotenzial gerade einmal an die Marktkapitalisierung eines Global Players – beispielsweise Novartis – heranreicht? Die im Projekt Syriza zusammengeschlossenen griechischen Linken hatten sich zwar auf ein solides Regierungsprogramm verständigt, sie verfügten aber über keine strategische Linie für die Verhandlungen mit ihren knallharten Gläubigern. Derartige Verhandlungen können nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn sie auch mit Vorkehrungen für den Fall eines Schei-

terns – also einem »Plan B« – ausgestattet sind. Dieser »Plan B« fehlte. Das um Tsipras und Varoufakis gruppierte politische Zentrum der Syriza-Partei gab sich von Anfang an der Selbsttäuschung hin, auf eine Handlungsoption für den »Fall der Fälle« verzichten zu können. Die Beteiligten waren offenkundig der Meinung, sie seien in der Lage, ihren Gegenspielern durch gute Rhetorik, medienwirksame Inszenierungen und schließlich den taktischen Missbrauch eines Referendums eine Kompromissformel abzuringen, die ihnen zwar schmerzhaft Konzessionen abverlangte, ihnen aber doch einen keynesianisch geprägten »Sonderweg« an der Peripherie der Eurozone zugestehen würde. Für diese Einschätzung sprachen vor allem die geringe Bedeutung der griechischen Nationalökonomie und die nicht wirklich ins Gewicht fallenden Folgekosten eines Schuldenschnitts für die Gläubiger. Der Fall Griechenland schien einfach zu unbedeutend, um seinetwegen die Eurozone und letzten Endes auch die Europäische Union selbst aufs Spiel zu setzen. Aber auch geopolitische Überlegungen sprachen für eine solche Einschätzung.

Schon wenige Tage nach dem Amtsantritt der Athener Regierung war jedoch klar, dass sich die deutsche Machtelite und mit ihr die Entscheidungszentren der Eurogruppe sowie auch die EZB auf einen kompromisslosen Konfrontationskurs verständigt hatten. Warum hielt aber das charismatische Führungsduo der neuen Regierung trotzdem an dieser Selbsttäuschung fest, die sie letzten Endes zur bedingungslosen Kapitulation geführt hat? Da inzwischen zahlreiche Aussagen und Berichte früherer Regierungsmitglieder sowie aus dem Innern des Syriza-Apparats vorliegen, kann diese Frage hinreichend geklärt werden.

Erstens war dem rechten Flügel von Syriza von Anfang an bewusst, dass die institutionellen Gläubiger keine Handbreit nachgeben und ein neues Austeritätsdiktat durch-

setzen würden. Dagegen war, so die Einschätzung ihres Wortführers Jannis Dragasakis, der grauen Eminenz des Kabinetts Tsipras, kein Kraut gewachsen. Da Dragasakis als Vize-Premierminister und Koordinator für alle Wirtschafts- und Finanzfragen die entscheidenden Fäden in der Hand hatte, verhinderte er konsequenterweise alle für einen »Plan B« erforderlichen Vorarbeiten. Dessen ungeachtet stellt sich zweitens die Frage, wie ein solcher »Plan B« hätte aussehen können, und ob es in diese Richtung zielende Überlegungen gab. Die Aufgabe eines solchen Alternativkonzepts hätte meines Erachtens darin bestehen sollen, die Kernpunkte des Regierungsprogramms umzusetzen, sobald klar war, dass es keinen Kompromiss geben würde:

(1) sofortige Einstellung des Schuldendienstes. Solange die internationalen Gläubiger die letzte Darlehenstranche zurückhalten, besteht auch kein Anlass, die Verzinsung und Rückzahlung der fällig werdenden Darlehen aufrecht zu erhalten. Dadurch hätten allein bis Anfang Juni 6,6 Milliarden Euro zur binnenwirtschaftlichen Stimulierung mobilisiert werden können.

(2) Nationalisierung der Banken. Da die EU-Bankenunion noch nicht in Kraft ist, hätte die EZB dagegen nichts unternehmen können, und die griechische Regierung wäre in der Lage gewesen, Teile der EU-Bankenrichtlinie für den Fall der Bankensanierung für ihre eigenen Interessen zu nutzen: Enteignung der Aktionäre, Schutz der Spareinlagen bis 100.000 Euro, progressiv steigende Vermögensabgabe bei allen höheren Einlagen. Durch diesen Schritt wäre der nach dem Amtsantritt der neuen Regierung in Gang gekommene Abfluss der Einlagen im Umfang von 25 bis 30 Milliarden Euro unterblieben.

(3) Einführung einer Parallelwährung. Allein durch die ersten beiden Operationen hätte die griechische Regierung über eine »Kapitalreserve« von 31,6 bis 36,6 Milliar-

den Euro verfügt und wäre kurzfristig handlungsfähig geblieben. Für mittelfristige Operationen hätte dies jedoch nicht ausgereicht. Zur Vorfinanzierung größerer sozialer und wirtschaftlicher Stimulierungsprogramme wäre die Schaffung einer Binnenwährung (GREuro) nötig gewesen, und zwar im Rahmen des inzwischen funktionsfähigen Steuerkontensystems des griechischen Finanzministeriums. Dadurch hätte sich ein den EU-Statuten widersprechender Zugriff auf die Zentralbank erübrigt, die weiter für die ausländischen und binneneuropäischen Geldoperationen zuständig geblieben wäre.

(4) Kein Austritt aus der Eurozone. Alle bis jetzt skizzierten Operationen wären ohne den Austritt aus der Eurozone möglich gewesen, und sie hätten auch keine Handhabe für einen – in den einschlägigen Abkommen ohnedies nicht vorgesehenen – Hinauswurf Griechenlands aus der Eurozone geliefert. Damit wäre ein entschiedenes Votum der griechischen Wählerinnen und Wähler respektiert geblieben, denen die Folgen eines »Grexit« mehrheitlich klarer vor Augen stehen als manchen linken Theoretikern. Die Wiedereinführung einer kompletten Nationalwährung hätte zu einer rasanten Hyperinflation geführt und die Importe derart verteuert, dass sie zum Erliegen gekommen wären. Griechenland muss aber 48% seiner Lebensmittel, die Hälfte seiner Pharmazeutika und 84% seiner Energie importieren, und das verarbeitende Gewerbe ist zu 90% auf Einfuhren von Vorprodukten und Anlagen angewiesen. Selbstverständlich hätten sich im Gegenzug die Ausfuhren verbilligt. Aber der Anteil der Exporte am griechischen BIP ist so klein (unter 30%), dass der Abwertungseffekt verpufft wäre; zudem hätte gerade der Exportsektor erst einmal rekonstruiert werden müssen, und dazu wären umfangreiche Importe erforderlich. Somit wäre der Kollaps der kleinen griechischen Nationalökonomie innerhalb von

zwei bis drei Monaten unvermeidlich, und die schon seit längerem in den Startlöchern sitzende »Drachmen-Fraktion« würde das Chaos dazu ausnutzen, um mit ihren gehorteten Euro-Guthaben Grund und Boden in großem Stil aufzukaufen. Griechenland würde endgültig in den Status eines »Entwicklungslands« zurückfallen.

Tatsächlich wurde ein solcher »Plan B« in seinen wesentlichen Umrissen vorgeschlagen und vertreten – von einer Gruppe um Jannis (John) Milos, den ökonomischen Berater der Syriza-Fraktion. Milos positionierte sich damit nicht nur gegenüber dem rechten Flügel und der Zentralgruppe um Tsipras und Varoufakis, sondern auch gegenüber der »linken Plattform«, die keine pragmatische Konfrontationsstrategie verfolgte, sondern sich für den »Grexit« als eine Art Allheilmittel aussprach und mit dieser unflexiblen und letztlich desaströsen Haltung unbeabsichtigt dazu beitrug, dass die Kerngruppe um Tsipras im Verlauf des Juni zu den Optionen des rechten Flügels um Dragasakis aufschloss.

Die Gruppe um Milos war sich auch darüber im Klaren, dass der Zeitfaktor bei der schrittweisen Umsetzung des »Plan B« eine entscheidende Rolle spielte. Milos ist einer der wenigen Ökonomen der Syriza-Fraktion, der in Deutschland studiert (und in den Fächern Maschinenbau und Wirtschaftswissenschaften promoviert) hat. Er hatte also wie der Ex-Kommunist und EU-erfahrene Dragasakis eine genaue Vorstellung von der Intransigenz der deutschen Machtelite, zog daraus allerdings entgegengesetzte Konsequenzen und forderte die Umsetzung des »Plan B«, als sich erstmalig am 20. Februar zeigte, dass Schäuble und Jeroen Dijsselbloem alle Mitglieder der Euro-Gruppe auf ihre Linie eingeschworen hatten. Er vermied auch den Fehler des Finanzministers Varoufakis, der Ende März 2015 die Notwendigkeit eines »Plan B« erkannte, diesen aber im Wesent-

lichen auf den letzten Schritt – die Einführung einer Parallelwährung – beschränkte und mit seinen Überlegungen auch viel zu spät kam. Im April 2015 hatte sich das Fenster für die Umsetzung eines »Plan B« längst wieder geschlossen. Milos war schon im März aus dem Umfeld des Premierministers entfernt worden und als ökonomischer Berater der Syriza-Fraktion zurückgetreten. David hatte sich entschieden, dem deutsch-europäischen Goliath ohne Waffen entgegenzutreten.

*

Es ist hier nicht der Platz, über die Folgen des Scheiterns des Projekts Syriza für die europäische Linke nachzudenken. Eines ist jedoch am Beispiel Griechenlands klar geworden: Wer den (selbst-)zerstörerischen Prozess der EU-Integration stoppen und ihm ein egalitär und föderativ verfasstes Europa entgegensetzen will, hat mit einem entscheidenden Gegner zu rechnen – der deutschen Machtelite, die sich inzwischen als hegemonialer Kern etabliert hat. Über die Frage, wie der Widerstand gegen sie organisiert werden könnte, wird in den kommenden Monaten ausgiebig diskutiert werden. Dabei werden auch die historischen Hypothesen eines deutsch beherrschten Europa eine gewichtige Rolle spielen. In diesem Kontext erhält dann auch die deutsche Reparationsschuld gegenüber Griechenland und Europa ein besonderes Gewicht.

Bremen, 12. August 2015

Vorwort zur ersten Auflage

Zweimal stand Griechenland in seiner jüngsten Geschichte am Abgrund: im Zweiten Weltkrieg und in der frühen Nachkriegszeit sowie seit der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 und den bis heute andauernden Depressionsjahren. In beiden Fällen waren die Deutschen als zentrale Akteure beteiligt. Im April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht das Land und errichtete eine brutale Besatzungsherrschaft, während der Massaker an der Zivilbevölkerung verübt, die Wirtschaft ausgeraubt, die Lunte zu einem bis 1949 andauernden furchtbaren Bürgerkrieg gelegt und beim Rückzug im Herbst 1944 drei Viertel der Handelsflotte sowie 80% der Transportinfrastruktur zerstört wurden. Dagegen war die durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise ausgelöste Katastrophe zunächst hausgemacht. Das änderte sich jedoch seit der Implementierung des Austeritätsprogramms der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Mai 2010. Nun begann eine neue Phase des von außen gesteuerten sozialen und wirtschaftlichen Niedergangs. Die Troika wird von der deutschen Hegemonialmacht dominiert und hat letztlich nur eine einzige Aufgabe: die breite Masse der griechischen Bevölkerung über den Staatshaushalt zur Bedienung der Darlehen der internationalen Gläubiger heranzuziehen. Da diesem durch nichts zu rechtfertigenden Ressourcenentzug keinerlei wirtschaftliche Stimulierungsprogramme gegenüberstehen, wurde die Krise zu einer Wirtschaftsdepression vertieft, die bis heute anhält.

Griechenland befindet sich inzwischen am Rand einer humanitären Katastrophe. Der Zusammenbruch der Banken und ein Staatsbankrott scheinen unmittelbar bevor-

zustehen, weil die von den Deutschen dominierten Gläubiger der Ende Januar 2015 neu gewählten Regierung den Geldhahn zugekehrt haben. Die deutschen Eliten sind erneut dabei, die griechische Gesellschaft – diesmal mit Unterstützung ihrer europäischen Partner – auf den Abgrund zuzutreiben.

Diese Erpressungspolitik wird von den deutschen Medien fast uneingeschränkt mitgetragen und in der breiten Masse der Bevölkerung mit Hilfe sozialrassistischer Stereotype populär gemacht. Helfen da noch kritische Gegeninformation und Aufklärung? Die Lage scheint fast hoffnungslos zu sein. Aber inzwischen gibt es – wenn auch noch vereinzelt – so etwas wie ein erschrockenes Innehalten und erstes Nachdenken.

In der vorliegenden Studie analysiere ich in einem ersten Schwerpunkt den hoffnungsfrohen Aufbruch der neuen Regierung und ihr Scheitern am deutsch-europäischen Veto, das schon nach vier Wochen besiegelt war. Darauf folgen Vorschläge zu einer moralisch-politisch begründeten Alternative: Deutschland soll endlich seine Reparationsschulden begleichen und für den Wiederaufbau Griechenlands zur Verfügung stellen. Abschließend stelle ich einige Überlegungen vor, wie dieses Vorgehen auf andere betroffene Länder übertragen, zur Überwindung der von den deutschen Merkantilisten beherrschten Austeritätspolitik genutzt und in einen europäischen Demokratisierungsprozess integriert werden könnte. Im zweiten Schwerpunkt rekonstruiere ich sodann die Hypothesen der deutschen Besatzungsherrschaft aus dem Zweiten Weltkrieg – einschließlich der skandalösen Praktiken der westdeutschen Nachkriegseliten zur Vermeidung von Reparationszahlungen.

Die rasche Erstellung dieser Studie war nur mit Hilfe der Forschungsressourcen der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts möglich. Ich danke Hartmut Rübner für

die Beschaffung des noch fehlenden Archivmaterials. Bei Rolf Becker, Angelika Ebbinghaus, Hagen Fleischer, Sebastian Gerhardt, Zisis Papadimitriou und Winfried Wolf möchte ich mich für ihre hilfreichen Anregungen und kritischen Stellungnahmen bedanken – die Verantwortung für die politischen Vorschläge liegt jedoch selbstverständlich bei mir. Ich danke aber auch Gerd Siebecke und dem Team des VSA: Verlags: Sie haben keine Mühe gescheut, um diese Flugschrift so rasch wie möglich herauszubringen.

Bremen, im März 2015